

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerin für Justiz

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.663.480

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)7826/J-NR/2021

Wien, am 22. November 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Selma Yildirim, Kolleginnen und Kollegen haben am 22. September 2021 unter der Nr. **7826/J-NR/2021** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „mögliche Umgehung von Immunitätsbestimmungen“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 16:

- 1. *Gegen welche Abgeordnete des Nationalrates, Bundesräte sowie Mitglieder von Landtagen wird derzeit ein Ermittlungsverfahren geführt?*
- 2. *In Hinblick auf welche Abgeordnete des Nationalrates und Bundesräte wird derzeit ein Anfangsverdacht geprüft?*
- 3. *Werden Abgeordnete in Zusammenhang mit möglichem Geheimnisverrat durch Beamte des BVT als Beschuldigte geführt?*
- 4. *Wird in diesem Zusammenhang gegen Abgeordnete ein Anfangsverdacht geprüft?*
- 5. *Handelt es sich beim in der Kronenzeitung zitierten Akt um einen Verschlussakt?*
- 6. *Wurde in Hinblick auf die Weitergabe von Informationen aus dem besagten Strafakt ein Verfahren wegen Verdachts des Verstoßes gegen § 310 StGB eingeleitet?*
- 7. *Welche Personen hatten Zugang zu diesem Akt?*
- 8. *Welche Abgeordneten wurden in der laufenden Gesetzgebungsperiode als Zeugen in welchen Verfahren einvernommen?*
- 9. *Welche Abgeordneten wurden im Zuge einer Telefonüberwachung belauscht?*

- *10. Gegen welche Abgeordneten wurden sonstige besondere Ermittlungsmaßnahmen nach dem 4. oder 5. Abschnitt des 8. Hauptstücks der StPO beantragt, aus welchen Gründen und wurden diese gerichtlich genehmigt?*
- *11. Welche Ermittlungsmaßnahmen gegen Abgeordnete wurden durch Weisung der Fachaufsicht untersagt?*
- *12. Elektronische Kommunikation welcher Abgeordneten wurde in dieser Gesetzgebungsperiode sichergestellt?*
- *13. Wurden die betreffenden Abgeordneten über die Sicherstellung informiert?*
- *14. Gegen wie viele Mitarbeiterinnen parlamentarischer Klubs oder parlamentarische Mitarbeiterinnen wird derzeit ein Strafverfahren geführt?*
- *15. Gegen wie viele Bedienstete der Parlamentsdirektion wird derzeit ein Strafverfahren geführt?*
- *16. Sind Ihnen neben den beiden genannten Fällen sonst noch Pläne von Staatsanwaltschaften aus dieser Gesetzgebungsperiode bekannt, Sicherstellungen bei Abgeordneten oder deren Parlamentarischem Umfeld anzuordnen?*

Wie schon anlässlich der Beantwortung der thematisch ähnlichen Voranfrage Nr. 1622/J-NR/2018 dargestellt, ist die Erhebung der von diesen Fragen betroffenen Strafverfahren angesichts der Größe des in der Anfrage angeführten Personenkreises, aus dem diese Verfahren herausgefiltert werden müssten, und des Umstandes, dass diese Ermittlungshandlungen teilweise nicht gesondert gekennzeichnet sind, mit vertretbarem Aufwand im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage mangels automationsunterstützter Auswertungsmöglichkeit nicht zu bewerkstelligen. Es bedürfte dazu einer bundesweiten Einsichtnahme in alle in Betracht kommenden Tagebücher und Ermittlungsakten. Mit Blick auf den damit verbundenen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand wird um Verständnis ersucht, dass von entsprechenden Berichtsaufträgen Abstand genommen wurde.

Die Fragen 5 bis 7 beziehen sich auf einen Artikel in der Kronen Zeitung vom 13. September 2021, wonach in Ermittlungsakten auch Abgeordnete als Beschuldigte geführt würden.

Auch hier wäre die Ausforschung dieser Ermittlungsverfahren nur mit einem unververtretbar hohen Verwaltungsaufwand mittels entsprechender Berichtsaufträge an die Staatsanwaltschaften umsetzbar.

Dr.ⁱⁿ Alma Zadić, LL.M.

